

Nachlese aus der letzten Ratssitzung (09-06)

(Von E. Noldus.)

Am 26. September wurde der SPD-Antrag auf Einrichtung einer kommunalen Ausbildungsfirma (A/17/2526-01) gegen die Stimmen der AfD vom Rat angenommen.

In der vorangegangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses verwies der SPD-Vertreter lediglich auf die schriftliche Antragsbegründung, konnte aber Nachfragen von Frau Stehr (CDU) nicht befriedigend beantworten.

Die CDU stimmte im Rat dem SPD-Antrag zu – nicht ohne einen Hinweis auf die „Joblinge“. Das ist eine Firma, die für arbeitslose Jugendliche Schulungen durchführt und dabei konkrete Vermittlungsbemühungen bei Firmen unternimmt. Seinerzeit war „Joblinge“ bei der SPD nicht unumstritten, weil „Joblinge“ auf einem Auswahlverfahren basiert, welches ein Mindestmaß an Eigeninitiative voraussetzt. Das roch den Sozis zu sehr nach „Leistungsdruck“.

In der Ratssitzung erklärte die CDU-Fraktionsvorsitzende Stehr die Zustimmung damit, dass die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein gemeinsames Ziel sei. Dem kann die AfD ebenfalls zustimmen. Allerdings ist der Weg zum Ziel für uns ein anderer. Der Stadtverordnete Lange begründete die Ablehnung des SPD-Antrages zu einer kommunalen Ausbildungsfirma:

„Überall kämpfen Betriebe um junge, ausbildungsfähige Mitarbeiter, die im besten Fall auch dort ausgebildet werden, wo sie am Ende ihrer Ausbildung auch verbleiben dürfen.

Mit Hilfe des dualen Ausbildungssystems bekommen die Auszubildenden schon heute reichlich Unterstützung, um ihre Ausbildung erfolgreich beenden zu können.

Selbständiges Arbeiten und Erlangung von sozialen Kompetenzen ist auch mit dem heutigen, durchaus praktikablen System möglich. Und wer einmal einen Blick auf die Verwaltung aus der Perspektive eines Bürgers wirft, der kommt schnell zu der Auffassung, daß Azubis dort sehr gut eingebunden sind.

Dieser von der SPD vorgeschlagene Antrag ist zwar wohlwollend formuliert. Dennoch sollten auch hier die finanziellen Auswirkungen nicht außer acht gelassen werden, da die finanzielle Situation unserer Stadt wenig hoffnungsfroh stimmt.

Schon heute ist die Ausbildung bei der Stadt sehr abwechslungsreich und daher interessant, die dazu noch mit vielen Vorteilen verbunden ist.

Doppelte Strukturen sollten aus Kostengründen immer kritisch hinterfragt werden und deshalb lehnt die AfD-Ratsfraktion diesen Antrag ab.“